

702,00-01-2018
711.00-06/01

19.06.2018

Niederschrift über die Senatsitzung

(I.1)

Herr Staatsrat Dr. Krupp trägt den Inhalt der Drucksache Nr. 2018/1403, betreffend

Verordnung zur Änderung ausbildungs- und prüfungsrechtlicher
Vorschriften in Laufbahnen der Fachrichtungen Allgemeine Dienste,
Technische Dienste und Justiz,

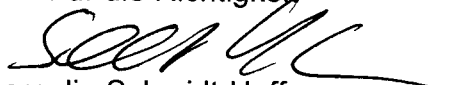
vor.

Der Senat beschließt die mit der Drucksache vorgelegte „Verordnung zur Änderung
ausbildungs- und prüfungsrechtlicher Vorschriften in Laufbahnen der Fachrichtungen
Allgemeine Dienste, Technische Dienste und Justiz“.

Gr. Verteiler



Für die Richtigkeit


Cornelia Schmidt-Hoffmann

Berichterstattung:
Bürgermeister Dr. Tschentscher
Staatsrat Dr. Krupp

TOPI. 1
VO

Vorblatt zur
Senatsdrucksache
Nr. 2018/01403
vom: 28.05.2018

Verordnung zur Änderung ausbildungs- und prüfungsrechtlicher Vorschriften in Laufbahnen der Fachrichtungen Allgemeine Dienste, Technische Dienste und Justiz

A. Zielsetzung

Mit der Verordnung werden notwendige Anpassungen in den Ausbildungs- und Prüfungsvorschriften verschiedener Laufbahnfachrichtungen vorgenommen.

B. Lösung

Erlass der Rechtsverordnung.

C. Auswirkungen auf den Haushalt

Durch die Änderungen in der Ausbildungs- und Prüfungsordnung Archivdienst und der Ausbildungs- und Prüfungsordnung Technische Dienste Laufbahngruppe 2 Einstiegsamt 2 entstehen keine Mehrausgaben für den Haushalt. Durch die Verlängerung der fachtheoretischen Ausbildung der Gerichtsvollzieher am Ausbildungszentrum der Justiz Nordrhein-Westfalen in Monschau sind Mehrkosten in Höhe von ca. [REDACTED] € pro Gerichtsvollzieherin bzw. Gerichtsvollzieher zu erwarten. Die Hamburgische Justiz bildet zurzeit jährlich weniger als 5 Gerichtsvollzieherinnen und Gerichtsvollzieher aus. Die Mehrkosten werden aus der Produktgruppe 233.01 („Steuerung und Service (JB)“) gedeckt.

D. Auswirkungen auf die Vermögenslage

Der zusätzliche Aufwand wirkt sich über die Ergebnisrechnung mindernd auf das Eigenkapital der FHH aus.

E. Sonstige finanzielle Auswirkungen

Keine.

F. Auswirkungen auf:

Familienpolitik

Klimaschutz

Bürokratieabbau

Inklusion

Gleichstellung

G. Alternativen

Beibehaltung der bisherigen Rechtslage.

H. Anlagen

Verordnungsentwurf.